

Interview:

Gret Haller im Sozialinstitut der katholischen Arbeitnehmer-Bewegung

Ringens zwischen Staat und Religion

Aufgezeichnet von Theo Bühlmann / Kipa

Zürich, 28.9.06 (Kipa) Während Europa die Religionen in die staatliche Ordnung einbinde, verwahren sich die USA dagegen, führte alt-Nationalratspräsidentin und Publizistin Gret Haller im "Sozialethik-Café" der katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) aus. Diese unterschiedlichen Perspektiven führten zu jenen Problemen, die zurzeit im Balken, in Afghanistan und im Irak sichtbar seien, erklärte Haller im Gespräch mit dem KAB-Sozialinstitutsleiter Thomas Wallimann.

Wallimann: Wenn es um die Grundfrage geht, wie eine Gesellschaft gestaltet sein soll, so zeigen Ihre Werke, wie sehr die kontinentaleuropäischen Vorstellungen sich von denen jenseits des Atlantiks unterscheiden. Wie kamen Sie zu dieser Thematik?

Gret Haller: Ich war, nachdem das Dayton-Abkommen den Krieg in Bosnien beendete, fünf Jahre in Sarajewo. Da machte ich die Erfahrung, dass Europäer bei der Aufbauhilfe von ganz andern Prämissen ausgehen als US-Amerikaner. Ich begann zu realisieren, dass mit dem Dayton-Friedensschluss etwas nicht stimmte. Als Leiterin der Ombudsstelle führte ich viele Gespräche mit amerikanischen Delegationen. Ich fand allmählich heraus, was sie unter Staat, Recht und Gesellschaftsorganisation verstehen.

Wallimann: Worauf fusst das europäische Staats- und Rechtsverständnis?

Haller: In europäischen Demokratien wählt das Volk das Parlament, welches die Verfassung macht. Parlamentarier diskutieren, was für alle gelten soll. Daraus werden Gesetze, in denen die allgemeinen Moralvorstellungen zum Ausdruck kommen.

Wallimann: Trotzdem bleiben Konflikte zwischen persönlicher ethischer Überzeugung und öffentlichem Recht. Wenn zum Beispiel das Schweizerische Gesetz den Schwangerschaftsabbruch in den ersten 14 Wochen als straffrei erklärt, muss er aus dem Blickwinkel christlicher Moral noch lange nicht erlaubt sein. Auch bei der Dienstverweigerung oder im Asylbereich kennen wir Dilemmas.

Haller: Trotzdem werden die Haltungen der Mehrheit umgesetzt zu öffentlichem Recht. Alles was rechtlich verboten ist, darf ich nicht tun – aber nur, was meine Rechtspflicht ist, kann man von mir verlangen. Die zwei entscheidenden Punkte dabei sind: Europäer vertrauen die Rechtsordnung dem Staat an. Und seit dem westfälischen Frieden ist die Religion eingebunden in staatliche Ordnungen. Die Trennung von Kirche und Staat dient dazu, Staat und Bürger vor Einflüssen der Religion zu schützen.

ADMINISTRATION

Perolles 36 Postfach 73 CH-1705 Freiburg

Tel. ++41 (0)26 426 48 31 Fax ++41 (0)26 426 48 30

PC 17-337-2 / Bank: Freiburger Kantonalbank 768/01.10.041 393-07

E-MAIL administration@kipa-apic.ch

REDAKTION

Perolles 36 Postfach 73 CH-1705 Freiburg

Tel. ++41 (0)26 426 48 21 Fax ++41 (0)26 426 48 00

E-MAIL kipa@kipa-apic.ch

INTERNET www.kipa-apic.ch

Wallimann: Wie ist das in den Vereinigten Staaten?

Haller: Da ist es umgekehrt: Die Religion soll davor bewahrt werden, dass der Staat sie irgendwie einbindet. Religion steht über der Staatlichkeit. Von allem Anfang an war in den USA die religiöse Prägung wichtiger als die staatliche. Und weil der Staat möglichst klein gehalten wird, fehlt die Grundvoraussetzung, die Rechtsordnung ihm anzuvertrauen. Deshalb läuft Politik in den USA ganz anders. Fragt man Amerikaner auf der Strasse, was Demokratie heisst, sagen sie spontan: Dass ich verfassungsmässige Rechte habe, die ich jederzeit vor Gericht einklagen kann. Vieles, was in Europa über die Politik läuft, geht in den Vereinigten Staaten über die Justiz. Entscheidende politische Prozesse sind darum Auftritte vor Gericht und Sammelklagen. Die Existenz der Todesstrafe erklärt sich aus diesem anderen Denken: Man muss dafür sorgen, dass die Gesellschaft gut bleibt, damit sie eine Berechtigung hat. Europa hingegen hat gelernt, zu was es führen kann, wenn man gut sein muss...

Auffassungsunterschiede bestehen auch bezüglich internationalem Völkerrecht. Staaten machen miteinander Verträge und können voneinander verlangen, was festgeschrieben ist. Sie können nur mit dem Recht, nicht mit der Moral direkt argumentieren. Doch die Amerikaner lassen sich – aus der gleichen Einstellung heraus – kaum ins Völkerrecht einbinden. Sie möchten selber bestimmen, was gut und was schlecht sei, und wo zu intervenieren ist.

Zuhörerin: "Was bedeuten diese Erkenntnisse für das Dayton-Friedensabkommen?"

Haller: Die Amerikaner hatten ihren Nato-Einsatz in Bosnien davon abhängig gemacht, dass der Friedensschluss in Amerika stattfindet. Darum wurde dessen Grundkonzept in Washington gemacht, und zwar nicht vom Aussenministerium, sondern im Pentagon! Weil man zuwenig wusste, wie ein europäischer Staat funktioniert und die Gesellschaft befriedet, suchte man Ersatzstrukturen analog der amerikanischen Gesellschaft, die weitgehend ausserstaatlich in Gemeinschaften und Vereinen funktioniert. Das Abkommen wurde entlang der ethnischen Gruppen aufgebaut, dieselben, die sich vorher umgebracht. Das geht aus den gleichen Gründen nicht, warum es auch in Afghanistan und im Irak nicht funktioniert: Für den Frieden braucht es eine gute staatliche Struktur. Die Europäer wüssten besser, wie das zu machen ist. Es liegt auf der Hand, weshalb gesagt wird, die Amerikaner hätten Mühe, sich in ein fremdes Volk einzufühlen. Wenn sie davon ausgehen, etwas ganz Gutes zu bringen, studieren sie nicht so sehr, was anderswo schon vorhanden war.

Wallimann: In einem ihrer Bücher schrieben Sie, dass es heute kaum einen politischen Bereich mehr gibt, der nicht unter Einbezug der Religionen diskutiert werden müsste

Haller: Vor dem westfälischen Frieden 1648 war innert 100 Jahren ein Drittel der europäischen Bevölkerung in Religionskriegen gewaltsam gestorben! Ich meine, das ist ein höchst aktuelles Thema: Die Kriege, die jetzt passieren, werden nicht nur teilweise von Islamisten religiös begründet, sondern auch von vielen Amerikaner, die kulturellen Fundamentalismus betreiben. Es ist nötig, Religionen und Kirchen auf der staatlichen Ebene im Griff zu behalten, indem man sie einbindet. Auch um nationale Auserwähltheitsvorstellungen zu verunmöglichen – wie sie in den USA, im Iran oder in Israel bestehen – dafür ist die völkerrechtliche Einbindung wichtig.

Thomas Wallimann: Somit tragen auch Religionsgemeinschaften eine Verantwortung für den Frieden...

Haller: Sie können darauf hinwirken, Auserwähltheitsvorstellungen abzubauen. Denn nationale Auserwähltheitsvorstellungen sind wie alter Wein in neuen Schläuchen: Ableitungen aus dem Religiösen. Kirchen und Religionsvertreter sollten in der politischen Diskussion wie alle andern argumentieren – und sich nicht direkt auf ihre Schrift oder auf eine andere absolute Wahrheit berufen. Diejenigen, die jetzt den Darwinismus in amerikanischen Schulen abgeschafft haben wollen, weil sie einfach wissen, dass er unwahr sei, unterbinden eine demokratische Auseinandersetzung. Solche Strömungen provozieren letztlich einen Crash of Zivilisations.

Zuhörer: Eine komplexer gewordene Welt wird vom Populismus auf einfache Antworten reduziert. Gehört das nicht auch zum Problem?

Haller: In einer Demokratie ist Gesprächskultur alles. Wenn man sich fast nur noch anbellt, dient das nicht der Verständigung. Ebenso wenig tragen Medien dazu bei, wenn sie immer kürzere Statements verlangen. Fundamentalismus heisst: Man kennt die Wahrheit und setzt sie absolut. Wer sich ihr anschliesst, wird als Freund gesehen, alle andern als böse Feinde. Das ist Kriegsvorbereitung! Dem entgegenzuwirken ist das vordringlichste Anliegen aller Leute, die wollen, dass die Gesellschaft demokratisch bleibt.

Separat:

Gret Haller

Die promovierte Juristin Dr. Gret Haller war Mitglied der Berner Stadtregierung, des Nationalrats und amtierte 1993/94 als dessen Präsidentin. Schliesslich wurde sie Schweizer Botschafterin beim Europarat. Von 1996 bis 2000 engagierte sie sich als Ombudsfrau für Menschenrechte in Bosnien und Herzegowina. In jüngster Zeit machte sie sich publizistisch einen Namen: 2002 erschien "Die Grenzen der Solidarität. Europa und die USA im Umgang mit Staat, Nation und Religion" und 2005 "Politik der Götter. Europa und der neue Fundamentalismus", beide Aufbau-Verlag, Berlin.

Hinweis für Redaktionen: Bilder können bei Theo Bühlmann bestellt werden unter Telefon 041 933 13 23 oder at.buehlmann@bluewin.ch

(kipa/Theo Bühlmann/hagi)